

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift  
**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft  
**Band:** 189 (2023)  
**Heft:** 1-2  
  
**Rubrik:** Internationale Nachrichten

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## UKRAINE

## Westliche Schützen- und Kampfpanzer für den Abwehrkampf

Haben die westlichen Staaten über Monate hinweg eine Lieferung von Panzern westlicher Bauart in die Ukraine abgelehnt, da sie eine Eskalation des Krieges befürchteten, hat sich die Haltung Anfang dieses Jahres komplett geändert. Den Anfang machte Frankreich mit der Ankündigung, der Ukraine den Spähpanzer AMX-10 RC zu liefern. Trotz des massiven Geschützturms ist das nur rund 20 Tonnen schwere Fahrzeug schneller, leiser und deutlich leichter als ein Kampfpanzer. Bewaffnet ist er mit einer Bordkanone vom Kaliber 105 Millimeter und zwei Maschinengewehren. Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski nahm dankend

an. Frankreich hebe die Unterstützung für die Ukraine damit «auf ein neues Level», erklärte er in einer Videoansprache. «Und ich danke Präsident Macron für diese Führungsrolle.» Kurz darauf wurde bekannt, dass auch die Vereinigten Staaten über eine Ausweitung der Waffenhilfe nachdenken. US-Präsident Joe Biden verkündete die Lieferung von Schützenpanzern vom Typ Bradley. Deutschland sagte kurz darauf die Lieferung von bis zu 40 Schützenpanzer Marder zu. Knapp eine Woche später legten die Briten noch einen obendrauf: Sie wollen der Ukraine 14 Kampfpanzer des Typs Challenger 2 übergeben. Damit gerät Deutschland immer mehr unter Druck, ihr Placet zur Lieferung von Leopard 2 in die Ukraine zu geben. Polen und Finnland wollen aus ihren Beständen Leos an die Ukraine abgeben. Die Polen denken ebenfalls an 14 Exemplare. Sie brauchen dafür aber die Zustimmung des Her-



Frankreich wird der Ukraine Spähpanzer AMX-10 RC – im Bild ein Exemplar des 1er Régiment de Spahis – liefern. Bild: Wikipedia

stellerlandes Deutschland. Diese wird noch Mitte Januar erwartet. Der deutsche Konzern Rheinmetall kündigte bereits einmal an, dass er erst in einem Jahr instandgesetzte Kampfpanzer aus seinen Beständen liefern könne. Der Konzern verfügt noch über 22 Fahrzeuge vom Typ Leopard 2 und über 88 Fahrzeuge vom Typ Leopard 1.

Derweil läuft der «Ringtausch» im Rahmen der europäischen Militärhilfe für die Ukraine weiter. Die slowakischen Streitkräfte konnten im November einen lukrativen Deal sichern. Sie erhalten 15 Leopard 2A4 inklusive Munition, Servicepaket, Ersatzteile und Ausbildung. Im Gegenzug stellt das Land sicher, dass es nicht mehr benötigtes schweres Material unkompliziert nach Kiew schickt. Die Leos werden bis Februar geliefert. Die Verträge wurden auf Vermittlung der Bundesrepublik Deutschland im Eilverfahren in Zusammenarbeit mit Rheinme-

tall aufgesetzt. Das Ringtausch-Konzept wurde in Berlin erarbeitet und bezweckt im Kern, dass NATO-Mitglieder der Ukraine ihr noch aus Sowjetbeständen stammendes Kriegsgerät abtreten. Die Slowakei wird mit dem Zugang ein eigenes Panzerbataillon verstärken, das noch mit alten T-72 Panzern ausgerüstet ist. Bis Ende 2022 wurden 30 BVP-1 Schützenpanzer (einschließlich slowakischer Nachbau des BMP-1), Munition, S-300 Luftabwehrraketen und fünf Helikopter in die Ukraine geliefert. Es gibt mit Kiew zudem Verträge über 8 Zuzana 2-Haubitzen und weitere 16 baugleiche Artilleriekanonen, die von Deutschland, Dänemark und Norwegen für den Export in die Ukraine finanziert werden. Die Slowakei füllte ihre Ausrüstungslücken unterdessen mit 8x8 Mehrzweckfahrzeugen aus dem finnischen Hause Patria und kaufte mehrere CV-90 Schützenpanzer in Schweden. *cb/pk*



Neu in der Ukraine: slowakische BVP-1. Bild: Slowakisches Verteidigungsministerium

## SERBIEN

## Eskalation im Kosovo zum Jahresende

Kurz nach Weihnachten versetzte Serbiens Präsident Aleksandar Vučić die Armee des Landes in höchste Alarmbereitschaft, nachdem die Spannungen im benachbarten Kosovo in

den vergangenen Wochen zugenommen hatten. Ziel des Befehls an die Armee war es, «alle serbischen Bürger zu schützen und Pogrome und Terror gegen Serben zu verhindern», sagte der serbische Verteidigungsminister Milos Vučević. Belgrad liess eine Batterie Haubitzen an die Grenze zum Kosovo liefern. Im Norden des Kosovo lebt die grösste serbische Gemeinschaft ausserhalb Serbiens. Kosovo mit

seiner Mehrheitlich albanischen Bevölkerung hatte im Jahr 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt, wird aber von Belgrad bis heute als abtrünniges Gebiet betrachtet. Trotz Vermittlungsbemühungen der EU liegen die Nachbarländer seit Jahren im Streit. Belgrad bestärkt die serbische Minderheit bei ihren Versuchen, sich der Autorität Pristinas, der Hauptstadt des Kosovo, zu widerset-

zen. Zudem fordern im Kosovo lebende ethnische Serben die Freilassung mehrerer Mitglieder ihrer Gemeinschaft, die von der Regierung festgehalten werden.

Die Spannungen waren bereits Anfang 2022 aufgeflammt, als die kosovarische Regierung versuchte, neue Vorschriften durchzusetzen, nach denen in Kosovo lebende Serben Autokennzeichen und Personaldokumente



verwenden müssen, die von der Regierung in Pristina und nicht von Belgrad ausgestellt werden. Die Regierung verstärkte die Polizeipräsenz in der nördlichen Region, wo serbische Demonstranten im Dezember 2022 die Strassen blockieren. Vor dem

Jahreswechsel entspannte sich die Situation. Serbiens Präsident Aleksandar Vučić ordnete den Abbau der Barrikaden an. Der Kosovo gab darauf bekannt, seinen grössten Grenzübergang zu Serbien wieder zu öffnen. Die Regierung in Pristina reagiert

damit auf Zusagen der serbischen Minderheit im Norden des Landes, die Strassenblockaden aufzuheben. Die Strassenblockaden wurden von Demonstrierenden errichtet, welche die Freilassung eines früheren serbischen Polizisten fordern. Die-

ser soll bei einer Demonstration Polizeibeamte des Kosovos angegriffen haben. Der Kosovo hatte im Anschluss an die Blockaden drei Grenzübergänge geschlossen, darunter einen der wichtigsten Übergänge in der Nähe der Stadt Podujevo. *cb*

**EUROPÄISCHE UNION**

## Truppenmobilität geklärt

Am 10. November hat die EU-Kommission ihre Absicht für die vereinfachte Verlegung von Truppen auf dem gesamten Territorium der Union vorgestellt. Der sogenannte «Aktionsplan für militärische Mobilität 2.0» soll den europäischen Streitkräften helfen, schneller und zielgerichteter im angemessensten Umfang auf Krisen reagieren zu können. Solche können an den Aussengrenzen, aber auch weiter entfernt stattfinden. Ein Bezug zur EU-Außenpolitik sollte gegeben sein. Der Aktionsplan regelt Grundsätzliches wie grenzüberschreitende Truppenlogistik, Schutz und Vernetzung von Schlüsselinfrastruktur und den Abbau regulatorischer Angelegenheiten. Damit soll auch die Zusammenarbeit mit der NATO gestärkt werden. Der Aktionsplan geht auf Bestrebungen zu einem «Militär-Schengen» aus dem Jahr 2018 zurück. Mit den kriegesischen Ereignissen des Jahres 2022 wurde nun abermals die Dringlichkeit erkannt. «Das Sicherheitsumfeld in Europa hat sich seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine bis hin an unsere Grenzen dramatisch verändert», sagte EU-Außenminister Josep Borrell. Es gelte nun die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik an diese Umstände anzupassen. Dabei wird eine Euro-Armee kategorisch aus-



## Grossräumiger Infrastrukturausbau für die militärische Mobilität.

Bild: EU-Kommission

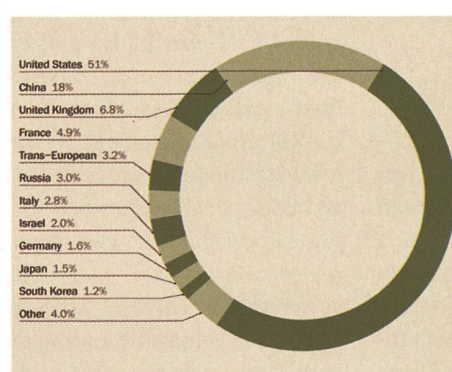
geschlossen. Probleme wie unterschiedliche Eisenbahnspurweiten in Moldawien und der Ukraine müssten aber nun vertieft thematisiert werden. Es dürfe nicht an der Bürokratie oder fehlender Infrastruktur liegen, dass sich Truppen der EU-Mitglieder nicht rasch bewegen können. Aktuell dauert es immer noch mindestens fünf Tage, um grössere Verbände über die Binnengrenzen zu verschieben, so Borrell. Das sei definitiv zu lange. Dafür stehen im aktuellen Mehrjahreshaushalt 1,69 Milliarden Euro für Infrastrukturbelange mit «doppeltem», also zivilem sowie militärischem Verwendungszweck bereit. Zudem sollen 9 Millionen Euro für ein digitales militärisches Mobilitätssystem bereitgestellt werden. Damit sollen Truppenverschiebungen schnell und effizient zwischen den Ländern abgewickelt werden können. *pk*

## WELTWEIT

## Der Waffenhandel floriert

Weltweit wurden im Jahr 2021 Waffen im Wert von 592 Milliarden US-Dollar gehandelt. Dies ist ein Anstieg von 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wie das Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) Anfangs Dezember mitteilte. Der Trend widerspiegelt die letzten sieben Jahre. Ein limitierender Faktor waren Lieferkettenprobleme und Fachkräftemangel. Beides pandemiebedingte Umstände. Fast alle Rüstungsbetriebe gaben an, dass die Umsätze sonst noch besser ausgefallen wären. Mit 40 Unternehmen, die knapp 300 Milliarden Dollar umsetzten, beherrschen die US-Amerikaner den weltweiten Waffenhandel, obschon im Vergleich zu 2020 ein leichter Rückgang zu vermelden war. 27 europäische Betriebe erreichten in der gleichen Zeit 4,2 Prozent Umsatz mehr, was insgesamt 123 Milliarden Dollar entspricht. In Europa wird unterdessen weniger in der Luft- und Raumfahrt erwirt-

schafftet. Dafür stiegen die Verkäufe im Schiffbau. Asien und Ozeanien teilten sich 136 Milliarden Dollar, ein Plus von 5,8 Prozent. Bemerkenswert: Die China State Shipbuilding Corporation wurde infolge Fusion zur grössten militärischen Werft weltweit und verkaufte Güter für über 11 Milliarden Dollar. Auf dem russischen Markt gibt es Anzeichen für eine Stagnation. Dort entsprechen 17,8 Milliarden Dollar etwa dem Vorjahresumsatz. Der Ukraine-Krieg dürfte diesem Trend noch Schwung verleihen, ob die Umsätze im nächsten Jahr zusammenbrechen, ist aber unklar. Russische Betriebe geben auch an, infolge der Sanktionen teilweise über noch offene Rechnungen zu verfügen. Eine grosse Herausforderung für die westliche Rüstungsindustrie sind denn auch die Russlandsanktionen. Das Land ist Zulieferer einiger für diese Sparte äusserst wichtiger Rohstoffe. Da diese nicht einfach auf die Schnelle zu ersetzen sind, müssen Kapazitätserhöhungen warten. Klar ist: Viele westliche Länder verfügen über zu kleine Munitionsbestände und sind deshalb derzeit nicht in der Lage, diese aufzustocken. *pk*



Anteil an den gesamten  
Waffenverkäufen der  
Unternehmen für 2021.

Bild: Sipri



## JAPAN

## Ausbau der Armee in Okinawa

Japan plant, die in Okinawa stationierte Armee auszubauen, um sich so auf einen möglichen Konflikt zwischen China und Taiwan vorzubereiten. Bereits im März dieses Jahres wurde über einen Ausbau der Verteidigung in der Region nachgedacht – als Reaktion auf Chinas verstärkte Präsenz. Das Verteidigungsministerium plant, die Anzahl der Infanterieregimenter der 15. Brigade der Bodenselbstverteidigungskräfte auf zwei zu erhöhen und den höchsten Rang der Brigade vom Generalmajor zum vollen General aufzuwerten. Der Ausbau der Armee in Okinawa



Die Bevölkerung besichtigt Helikopter der US-Marines auf einem Flugfeld in Okinawa. Bild: Mizuo

wird voraussichtlich in den Sicherheitsdokumenten enthalten sein, die demnächst überarbeitet werden sollen. Darunter ist auch die grundlegende japanische Sicherheitsstrategie. Mit der Vergrößerung des Infanterieregiments plant das Ministerium auch, die Zahl der Einheiten zu erhöhen, die für die Kommuni-

kation, die Betreuung von Einrichtungen und die Versorgung mit Gütern zuständig sind. Die 15. Brigade, die in der Präfekturhauptstadt Naha auf Okinawa stationiert ist, wurde zur Vorhut für den Schutz der Nansei-Inseln, einer Inselkette, zu der auch Okinawa gehört und die sich südwestlich von Kyushu

in Richtung Taiwan erstreckt. Die Definition des höchsten Ranges der Brigade als General soll die Zusammenarbeit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten stärken, da der Titel dem des kommandierenden Generals der III Marine Expeditionary Force des US-Marine Corps entspricht, das ebenfalls auf Okinawa stationiert ist. Das Verteidigungsministerium hat die Armee in Okinawa angesichts des Ausbaus des Militärs in China weiter gestärkt. Im Jahr 2016 richtete es eine Küstenüberwachungseinheit auf der Insel Yonaguni ein, die etwa 100 Kilometer von Taiwan entfernt liegt. Zudem wurde eine Raketeneinheit auf den Inseln Miyako und Amami-Oshima stationiert und man plant die Einrichtung einer weiteren Einheit auf der Insel Ishigaki. *sc*

## TAIWAN

## China reagiert auf US-Unterstützung mit Manöver

Die Spannungen zwischen China und Taiwan haben im Dezember 2022 einen weiteren Höhepunkt erreicht. Als Reaktion auf die Unterstützung Taiwans durch die USA hat China neue Manöver rund um Taiwan abgehalten. Es seien Übungen

im Meer und im Luftraum in der Nähe von Taiwan durchgeführt worden, teilte das östliche Kommando der Volksbefreiungsarmee mit. Es handele sich um eine «entschlossene Antwort» auf «die aktuelle Eskalation und Provokation» der Vereinigten Staaten und Taiwans. Taiwans Verteidigungsministerium teilte mit, dass 71 chinesische Flugzeuge und Drohnen sowie sieben Kriegsschiffe im Umkreis der Inselrepublik beobachtet worden seien. Ähnliche Aktivitäten meldet Taiwan

in der Regel mehrmals pro Woche. Die chinesische Führung betrachtet Taiwan als Teil der Volksrepublik und droht mit einer Eroberung. China kritisierte den neuen US-Verteidigungsetat, der mit 858 Milliarden Dollar so hoch ausfällt wie nie zuvor. Das chinesische Außenministerium erklärte an Heiligabend seine «grosse Unzufriedenheit und entschlossenen Widerstand». Im Budget enthalten sind auch bis zu zehn Milliarden Dollar für die Sicherheit Taiwans. Der

Etat beinhaltet zudem einen Passus, wonach der Kauf von Gütern durch die Regierung, in denen Computerchips bestimmter chinesischer Firmen stecken, beschränkt wird. Nach dem Besuch der Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, im August 2022 hatte Peking grossangelegte Militärmanöver gestartet und den militärischen Druck mit verstärkten Einsätzen von Kriegsschiffen und Flugzeugen in der Meerenge der Taiwanstrasse aufrecht gehalten. *cb*

## CHINA

## Wie mit Protesten umgegangen wird

Wie protestiert man in einem Land, in dem Protest verboten ist? In der Volksrepublik China kommt es im ganzen Land zu Strassenprotesten. Aber welche Protestformen sind in einem totalitären Regime überhaupt

möglich? Doch Proteste in China sind keine Seltenheit, erklärt Daniel Fuchs von der Humboldt-Uni zu Berlin. Da gibt es eben Arbeiterproteste, Proteste über Landkonfiszierungen oder Umweltproteste. Solange solche lokal stattfinden, werden sie oft geduldet. Doch wenn sich die Protestbewegungen vernetzen, sei es überregional oder über verschiedene Themen hinweg, klingeln in Peking die Alarmglocken. Und das ist der springende

Punkt bei den Protesten gegen Pandemiemassnahmen im November. «Sie inkludieren alle Teile der Bevölkerung», so Fuchs. Die Kritik richte sich ausserdem direkt an die Zentralführung, nicht die lokale Ebene. Dass die Proteste so heftig ausfielen, sieht Fuchs nicht grundsätzlich als Zeichen der Schwäche des Staates. Sie haben viel eher alle überrascht. Denn auch Unmutsäusserungen im Netz werden in China, anders als oft

angenommen, nicht automatisch zensiert, meint Fuchs. «Sie werden dann zensiert, wenn es zum Aufruf kommt, dass man sich organisieren sollte, oder wenn es um konkrete Proteste geht.» Nach der Protestwelle reagierte Peking wiederum rasch und effektiv. Die chinesische Führung drohte ein hartes Durchgreifen bei neuen Unruhen an. Die Politik- und Rechtskommission der Kommunistischen Partei machte auch



«feindliche» Elemente für die Störung der öffentlichen Ordnung verantwortlich, wie Staatsmedien berichteten. In Schanghai wurden in den öffentlichen Verkehrsmitteln die Telefone von Passanten auf Apps wie Te-

legram oder Twitter untersucht. Wer so eine App installiert hat, musste seine Daten angeben, genauso wie jene der Eltern – ein beliebtes Werkzeug chinesischer Kontrolle. Aus Wuhan kursierten Meldungen über die Re-

krutierung von Tagelöhnern als Sicherheitskräfte, für 300 bis 500 Yuan pro Nacht – etwa 40 bis 66 Euro.

Neben repressiven Massnahmen versuchte die Regierung aber auch, die Menschen mit Locke-

rungen zu besänftigen. Diese gingen schliesslich so weit, dass China die Null-Covid-Politik gänzlich fallen liess und fast alle Schutzvorschriften aufhob. *Sc*

## NORDKOREA

### Über 100 Artilleriegeschosse ins Meer gefeuert

Der Konflikt um die koreanische Halbinsel hat in den vergangenen Monaten wieder deutlich an Brisanz zugenommen. Auf Militärübungen Südkoreas und der USA in der Nähe der Grenze reagierte Nordkorea mit rund 130 Artilleriegeschossen. Südkoreas Militär reagierte auf die Artilleriesalven nach eigenen Angaben

mit mehreren Warnmeldungen an den Norden. Einige der nordkoreanischen Geschosse seien in einer Pufferzone nahe der Seegrenze zwischen beiden Staaten niedergegangen. Das sei ein Verstoss gegen das innerkoreanische Abkommen von 2018, das dem Abbau der Spannungen dienen soll.

Seit geraumer Zeit häufen sich die Militäraktivitäten Nordkoreas. So wurden etliche Manöver mit Kampfflugzeugen und Artillerieeinheiten abgehalten und ungewöhnlich viele Raketen getestet – darunter auch erstmals seit 2017 wieder Interkontinen-



Abschuss einer nordkoreanischen Interkontinentalrakete des Typs Hwasong-17.  
Bild: KCNA

talraketen. Vielfach wird erwartet, dass das weitgehend isolierte Nordkorea bald auch einen weiteren Atomtest vornehmen könnte. Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un hatte zuvor erklärt, er wolle sein Land zur stärksten Atommacht der

Welt aufbauen. Wie die staatliche Nachrichtenagentur KCNA berichtete, bezeichnete Kim die neue Interkontinentalrakete des Landes bei einer feierlichen Zeremonie anlässlich jüngster Raketenstarts als «die stärkste strategische Waffe der Welt». *Sc*

## ZENTRALASIEN

### Im Machtvakuum

Für Staaten im Südkaukasus und Zentralasien führt Russlands Krieg gegen die Ukraine zu einer veränderten Kräftekonstellation in der Region. Der russische Einfluss geht zurück, der von China wächst und neue Akteure wie die Türkei gewinnen an Relevanz. Nach dem Zerfall der Sowjetunion blieb Russland Garant der regionalen Sicherheit für die lokalen Regime in Zentralasien und teilweise im Kaukasus (Armenien). Zum einen über die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit und über die Unterhaltung von Militärbasen in den Ländern der Region (Kirgistan, Tadschikistan und Armenien), zum anderen bilateral über das Austarieren von militär-technischer Zusammenarbeit. Zwar betreibt Russland auch nach Beginn des Krieges in der Ukraine weiterhin Militärbasen in Arme-

nien und Zentralasien. Gleichzeitig ist die Regulierung des Zugangs von zentralasiatischen Gastarbeitern zum russischen Arbeitsmarkt ein wichtiger Hebel zur Beeinflussung der Nachbarstaaten. Aber diese Instrumentenkombination verliert zunehmend an Wirksamkeit angesichts der umfassenden Sanktionen, die langsam ihre Spuren in der russischen Ökonomie hinterlassen. Bereits jetzt leiden die Nachbarstaaten Russlands unter den Kollateralschäden des wirtschaftlichen Abschwungs im Land. Hinzu kommen Mobilitätseinschränkungen und Disruptionen der Lieferketten im Zuge der Pandemie. Rücküberweisungen der in Russland arbeitenden Migranten, die enorm wichtig für die Wirtschaften in vielen zentralasiatischen Staaten und in Armenien sind, fallen dementsprechend niedriger aus. Die Migrationsbewegung geht momentan in die umgekehrte Richtung: Nach dem Beschluss über die Teilmobilisierung in

Russland sind Hunderttausende nach Zentralasien und in den Südkaukasus immigriert. Künftig wird Russland weniger Ressourcen haben, um die Nachbarregionen wirtschaftlich zu unterstützen. Alte Abhängigkeiten werden zum Risikofaktor. Ökonomische Zusammenarbeit mit Russland erscheint langfristig nicht mehr attraktiv.

Aber auch der Westen ist in diesem Kontext für den Südkaukasus und Zentralasien nicht automatisch ein attraktiver Alternativpartner. Im Zuge des beispiellosen Sanktionsregimes und der Entflechtung von Russland wird den Ländern der Region vor Augen geführt, welche Risiken die Zusammenarbeit mit dem Westen bergen kann. China erscheint dazu im Vergleich als deutlich attraktiverer Partner. Bereits seit Jahren wächst der chinesische wirtschaftliche Einfluss in Zentralasien und im Kaukasus durch Infrastrukturinvestitionen und die Belt and Road Initiative. Der Blick auf die Handelsstatistik of-

fenbart eine stetige Verschiebung der Handelsströme. Seit dem Zerfall der Sowjetunion waren Russland und, an ferner zweiter Stelle, die EU die wichtigsten Handelspartner der Region. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist jedoch der Anteil der EU am Handelsvolumen der Länder der Region überall zurückgegangen (ausser in der Ukraine und Kirgistan), am deutlichsten in Armenien, Georgien und Kasachstan. Dagegen ist der chinesische Anteil am Handelsvolumen überall in der Region gewachsen, so auch in Russland. Zwar bleiben Russland und China wichtige Ordnungsmächte. Gleichzeitig gewinnen neue Akteure wie Iran und die Türkei an Bedeutung, mit ihren jeweils angelehnten militär-technischen Partnern in Zentralasien – Tadschikistan und Kirgistan. Im Karabach-Krieg im Sommer 2020 hat sich die Türkei bereits als entscheidender Militärakteur und Waffenlieferant gezeigt. *Sc*